

Zeitschrift: Horizonte : Schweizer Forschungsmagazin
Herausgeber: Schweizerischer Nationalfonds zur Förderung der Wissenschaftlichen
Forschung
Band: 26 (2014)
Heft: 103

Artikel: Schaulaufen schadet der Wissenschaft
Autor: Knüsel, Pius
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-968044>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

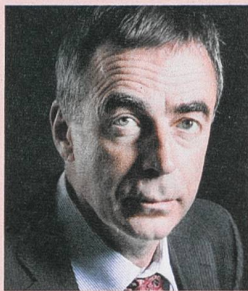
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 06.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Schaulaufen schadet der Wissenschaft

«Die meiste Wissenschaftskommunikation ist Propaganda. Sie darf nicht vom Scheitern reden, nur von Erfolgen. Doch wo Kritik und Distanz fehlen, bröckelt das Vertrauen zuerst.» Das sagte Pius Knüsel, ehemaliger Direktor der Kulturstiftung Pro Helvetia, in einer viel diskutierten Rede am Kongress der Wissenschaftskommunikation ScienceComm. Pius Knüsel spannte den Bogen von der Kulturfinanzierung des Bundes über das Sponsoring von Lehrstühlen bis zu den Forschungsmagazinen, die lauter ausserordentlich nützliche Wissenschaftsprojekte beschreiben würden. Die Herrschaft der Nützlichkeit und die blühende Wissenschafts-PR seien aber letztlich schädlich für die Identifikation der Bürger mit dem Wissenschaftsbetrieb. Für das Magazin «Horizonte» hat Pius Knüsel sein Manuskript leicht gekürzt und überarbeitet.



Pius Knüsel ist Direktor der Volkshochschule des Kantons Zürich und ehemaliger Direktor der Kulturstiftung Pro Helvetia.

Bild: Caroline Minjolle/Pixsil

Seit der Renaissance haben sich Kunst und Wissenschaft zu zwei sehr unterschiedlichen Erkenntnisformen entwickelt. Wissenschaft stellt belegbares Wissen zur Verfügung, Kunst unscharfe subjektive Erfahrung. Dennoch gibt es Gemeinsamkeiten. Eine der auffälligsten betrifft die Kommunikation in den öffentlichen und politischen Raum. Sowohl Kunst als auch Wissenschaft operieren dazu mit Nützlichkeits- und Einmaligkeitsversprechen und nutzen Methoden der Unterhaltungsindustrie. So wird der Blick auf das Wesentliche verstellt.

Ein aktuelles Beispiel aus der Kultur: Die Finanzierungsbotschaft des Bundes für die Jahre 2016 bis 2019 schlägt zugunsten des Bundesamts für Kultur und Pro Helvetia ein Wachstum um 15 Prozent vor, von 759 auf 895 Millionen Franken. Das Problem an diesem Vorschlag ist, dass der 160 Seiten starke Text keine stichhaltigen Argumente anführt. Kultur - erst noch: moderne Baukultur - schaffe sozialen Zusammenhalt, ist da zu lesen. Das lässt sich so wenig beweisen wie das Gegenteil. Und: Kultur überwinde den modernen Individualismus. Tut

sie das? Ist sie nicht gerade seine Quelle? Kultur baue soziale Polaritäten ab: Das macht vielleicht die Einheitskultur, aber bestimmt nicht die kulturelle Vielfalt, die in der Botschaft proklamiert wird und die unvermeidlich Polaritäten und Spannungen erzeugt.

Darüber reflektiert die Kulturbotschaft nicht. Sie ignoriert auch die Statistiken, die nachweisen, dass Hochkulturpolitik seit 40 Jahren dieselben Bevölkerungsschichten erreicht: die Gebildeten und die Wohlhabenden. Die Botschaft baut vielmehr auf weltanschauliche Dogmen. Sie fordert einen Ausbau, um die behaupteten Defizite aufzuholen. Der Verdacht liegt nahe, dass die ständige Wiederholung von solchen Botschaften darauf baut, dass die Ziele unerreichbar sind. Der Grund für die Unerreichbarkeit wird aber nicht in einer falschen Zielsetzung gesucht, sondern in einem Mangel an finanziellen Mitteln.

Umgekehrt interpretieren Politik und gefördertes Kunstsystem die Verbreitung nicht geförderter, also kommerzieller Kultur als Katastrophe, die mit mehr geförderter Kunst bekämpft werden muss. Denn könnte man die «wilde» oder sich selbst finanzierende Kulturalisierung der Gesellschaft akzeptieren, müsste man sich Fragen stellen über Ausdehnung und Kosten staatlicher Intervention im Kulturbereich. Das aber bleibt aufgrund der Handlungslogik ausgeschlossen - Wachstum und Ausdehnung des eigenen Zuständigkeitsbereichs dienen der eigenen Legitimierung.

Verweigerung von Selbstkritik, Faktenresistenz und unredliches Argumentieren bewegen mich vor zwei Jahren, mein Amt als Direktor der Kulturstiftung Pro Helvetia niederzulegen. Ich wurde Direktor der Volkshochschule (VHS) Zürich. Die Volkshochschulen kann man als erstes grosses Projekt der Kulturpolitik des frühen 20. Jahrhunderts sehen: soziale Entspannung durch Demokratisierung der Bildung. Die VHS waren sehr erfolgreiche Einrichtungen der Popularisierung der akademischen Bildung. Wissenschaft kommunizierte sich hier eins zu eins. In der Schweiz gibt es heute noch 70 VHS; bildungspolitisch stehen sie im Abseits. Dafür sehe ich zwei Gründe: die Herrschaft des Nützlichkeitsdenkens und die Selbstdarstellungsmaschinerie der Hochschulen.

Karriere-Beschleuniger

Die Zürcher Bildungsdirektion kürzte der Volkshochschule zwischen 2009 und 2011 die Subvention von 1,5 Millionen Franken auf null Franken. Das wichtigste Argument dafür war, dass nur berufsorientierte Weiterbildung politisch relevant sei. Nur eine Weiterbildung, die die Karriere

beschleunigt, ein höheres Einkommen verspricht und zuletzt mehr Steuersubstrat produziert, will und wird der Kanton Zürich noch unterstützen. Dazu hat er über 20 Jahre hinweg eine 10 Millionen schwere vollstaatliche Einrichtung aufgebaut, die Erwachsenenbildung Zürich. Solche auf die Arbeitsfähigkeit ausgerichtete Bildungspolitik nenne ich staatlichen Utilitarismus, der Bildung als Anhäufung technischer Kompetenzen sieht, nicht als kritische Erforschung eines Universums.

Die Herrschaft der Nützlichkeit hat längst auch die Universitäten und Hochschulen erreicht: als Drang, sich selber darzustellen. Im Winter 2013/14 bot die VHS Zürich eine Ringvorlesung mit dem Titel «Utopien für Zürich» an. An sechs Abenden wurden Entwicklungsperspektiven des Metropolitanraums Zürich diskutiert. Auch die Stadtpräsidentin war dabei und sprach über ihr soziales Zürich. Noch während wir an den Details feilten, annoncierte die Stadt eine Ringvorlesung in Zusammenarbeit mit der Universität: «Wachstumsschmerzen», selbes Thema, auch mit Stadtpräsidentin. Beide Reihen liefen gut. Der Unterschied: Die VHS-Abende kosteten die Hörer 30 Franken, die der universitär-städtischen Koproduktion waren umsonst, und bei der VHS war eine kritische dritte Position zu hören, an der Universität nicht.

Kurz darauf stattete die Stadtpräsidentin dem Rektor einen Besuch ab. Die

Schlagzeile: «Wir machen weiter! Und wir machen es selbst.» Das liegt im Trend. Universität wie Stadtverwaltung wollen ihr öffentliches Bild selber steuern. Wissenschaft, Forschung, Politik und Planung gehen Hand in Hand. Wissenschaft ist nützlich, Politik gibt sich wissenschaftlich. Niemandem fällt auf, dass aus der Vermittlung von Wissenschaft Wissenschafts-PR wird. Der kritische Mehrwert, den eine unabhängige zivilgesellschaftliche Instanz wie die VHS einbringen würde, zählt nicht.

Gürtel von Vermittlungsangeboten

Die Anekdote illustriert die PR-Kultur, die uns seit etwa 20 Jahren heimsucht. Im Blick auf die nicht ökonomisierten Lebensbereiche Politik, Kultur, Bildung und Gesundheit redet man zwar von «Kommunikation», weil es edler klingt. Seit ich in der Erwachsenenbildung arbeite, stapeln sich auf meinem Pult aber die universitären Magazine. Sie beschreiben lauter ausserordentlich nützliche Forschungsprojekte. Dazu kommen die Einladungen zu Science-Days und -Slams, zu Nächten der Forschung, Tagen der offenen Tür, Kindernachmittagen, Lernfestivals. Es hat sich ein Gürtel von Vermittlungsangeboten an die Wissenschaft angelagert. Die Absicht ist klar: Der Betrieb will der Öffentlichkeit beweisen, wie nützlich er ist. Er will Aufmerksamkeit generieren, Bedeutung suggerieren, Wissenschaft als verführeri-

ches Erlebnis präsentieren, sozusagen als Unterhaltung, die nebenbei Erkenntnis produziert.

Diese blühende PR-Kultur verzerrt, wie jede PR, das Bild dessen, wovon sie spricht: Sie bläst die Bedeutung der Hochschulen auf. Sie reduziert Wissenschaft auf Nettigkeiten. Sie ästhetisiert Forschung zu einer kindertauglichen Schau. Mehr noch: Sie macht aus den Universitäten konkurrierende Brands. Sie macht aus ihnen Firmen, die auf dem Finanzierungsmarkt gegeneinander antreten. Damit stellt diese Art von Wissenschaftskommunikation das allgemeine positive Vorurteil in Frage, dass Bildung und Wissenschaft nützlich und notwendig seien. Sie stellt es in Frage, indem sie dem Zweifel an der gegenwärtigen Entwicklung in der Wissenschaft zuvorkommen will.

Am Wert von Wissenschaft an sich zweifelt aber kein Mensch. Sonst hätten wir nicht das Universitätssystem, das wir haben. Es wurde lange vor Erfindung der Wissenschaftskommunikation errichtet. Wenn Christoph Pappa, Leiter des Generalsekretariats der Universität Bern, in «Horizonte» vom März 2014 sagt: «Im Zeitalter des Bildungswettbewerbs, wachsender Konkurrenz und knapper werdender Mittel müssen Sie den Leuten sagen können, wofür die Uni gut ist, sonst kriegen Sie über kurz oder lang Schwierigkeiten», so formuliert er entweder eine Banalität - alle

«Die blühende PR-Kultur reduziert Wissenschaft auf Nettigkeiten. Sie ästhetisiert Forschung zu einer kindertauglichen Schau.»

«Ich würde die Superlative verbieten und mit der PR aufhören. Was wichtig ist, diffundiert so oder so in die Gesellschaft.»

wissen, wofür die Universität gut ist - oder er fürchtet den kritischen Diskurs rund um den Wissenschaftsbetrieb.

Anlass zu Kritik gibt es nämlich. Hochschulen (wie auch Kultureinrichtungen) müssen sich regional, national, international unterscheiden und auszeichnen, sie entwickeln sich zum Imagefaktor, zum Treiber der regionalen Ökonomie. Die Politik fordert Partnerschaften mit der Wirtschaft, fremdfinanzierte Lehrstühle, Eigenwirtschaftlichkeit, Fakten fürs Politisieren, wissenschaftlich gestützte Utopien. Die Hochschulen, die Fachhochschulen allen voran, folgen freudig. In Kauf genommen werden ein zunehmender institutioneller Egoismus und die stille Privatisierung der gesellschaftlichen Ressource Universität. Die Diskussionen um das Sponsoring des UBS International Center of Economics an der Universität Zürich, um den Swisscom-Lehrstuhl an der ETH Zürich, die Debatte um Sinn und Unsinn des gigantischen, auf politikfähige Versprechungen gebauten Human Brain Project legen von der Politik-Orientierung des Wissenschaftsbetriebs Zeugnis ab.

Wo kleinere Brötchen gebacken werden, gibt sich Wissenschaft gern als lokale Partnerin von Politik. «Forschung für alle Fälle» heisst das Dogma. Wissenschaftskommunikation, so dezent sie sich gibt, ist Teil dieses inneren Kulturwandels der Universitäten und Hochschulen. Sie trivialisiert Wissenschaft zu einem utilitaristischen Konzept. Sie untergräbt die Vorstellung, dass Wissenschaft und Forschung ein eigenes Universum sind und Anspruch haben auf Unverständnis, Irrwege und Irrsinn; dass Wissenschaft ein System ist, das nur als globale kollektive Ressource produktiv

sein kann und sich nicht in kompetitive Brands auflösen lässt. Ein lokaler Leuchtturm scheint höchstens bis ins lokale Regierungsgebäude.

Ich fürchte, dass die Identifikation der Bürger mit dem Wissenschaftsbetrieb sinkt, je mehr sich der Betrieb aufs Schaulaufen verlegt. Die vermeintliche Nähe erzeugt Skepsis, Dauervermittlung produziert Bildungsstress. Reife Menschen können die Bedeutung von Wissenschaftsbetrieben und Kultureinrichtungen für die Gesellschaft bestens einschätzen. Dass man ihnen diese Bedeutung vorkaut, vergrämt sie eher. Dass man ihnen die Botschaft auf dem Niveau «Schweizer Illustrierte» vermittelt, ärgert sie.

Der öffentliche Zweifel

Denn nichts stimmt Bürger skeptischer als Propaganda. Die meiste Wissenschaftskommunikation aber ist Propaganda. Sie darf nicht vom Scheitern reden, nur von Erfolgen. Doch wo Kritik und Distanz fehlen, bröckelt das Vertrauen zuerst. Sie verschärft also das Problem, das sie lösen will, indem sie eine wichtige Erkenntnisressource verdeckt: den öffentlichen Zweifel.

Josef Falkinger, Professor für Finanzwirtschaft und Makroökonomie an der Universität Zürich, nennt im Alumni-Magazin «Oec.» vom Juni 2014 drei Faktoren, auf denen Vertrauen in den Wissenschaftsbetrieb gründet: auf fachlicher Kompetenz, auf intellektueller Redlichkeit und auf der Überzeugung, dass es sinnvoll ist, sich des «Verstandes zu bedienen» und «davon öffentlichen Gebrauch zu machen» (Immanuel Kant). «Es geht», schreibt Falkinger, «nicht darum, wer der Beste ist

und gewinnt, sondern was am Ende als Erkenntnis oder Technik herauskommt. Vertrauen nimmt mit der Häufigkeit von Superlativen ab.»

Deshalb würde ich die Superlative verbieten und mit der PR aufhören. Was wichtig ist, diffundiert so oder so in die Gesellschaft, und zwar über jene, die die Erkenntnis anwenden, über den Unterricht selbst, über das kritische Interesse der Medien am universitären Betrieb, über die Wirtschaft. Die Kommunikation zwischen den Universitäten ist über den Austausch innerhalb der Wissenschaftsgemeinschaft gesichert. Wissenschaft braucht die Selbstbespiegelung nicht, die das Showbiz umtreibt. Der bildungspolitische Diskurs findet ohne PR-Abteilungen statt, dafür haben wir die unabhängigen Medien. Dass der Diskurs auch Zweifel ausdrücken darf, ist eine Frage von Redlichkeit. Und letztlich ist Kritik das Kennzeichen von Wissenschaftlichkeit. Nur so kommt die Wissenschaft weiter, im Einzelnen wie als System.

Der vollständige Vortrag ist zu finden unter www.sciencecomm.ch.